

12. Beilage im Jahr 2019 zu den Sitzungsunterlagen des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 12/2019

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 13.11.2019

Betreff: Schluss mit Intransparenz! Transparenzoffensive für Vorarlberg

Sehr geehrter Herr Präsident,

viele Menschen in Vorarlberg haben das Gefühl, dass es nicht immer darauf ankommt, was man kann, sondern wen man kennt. Beispiele der letzten Jahre stellen dies unter Beweis und sollten eine direkte Handlungsaufforderung an die Landespolitik sein. Schlussendlich brauchen wir ein politisches System in Vorarlberg, in dem alle Bürger_innen dieselben Chancen haben. Dafür braucht es vor allem Transparenz. Denn Transparenz schafft Kontrolle durch die Bürger_innen selbst und transparente Politik erstickt Freunderlwirtschaft, Machtmissbrauch und zum Schutz der Steuerzahler_innen auch Misswirtschaft im Keim.

Schaut man das aktuelle Arbeitsprogramm der Schwarz-Grünen Landesregierung an, erkennt man allerdings wenige Ansätze, um in diesem Bereich Fortschritte zu machen. Einzig die Befüllung der Transparenzdatenbank hat es in dieses Programm geschafft, obwohl dies ohnehin eine Vorgabe von Seiten des Bundes ist. Doch die Vorarlberger_innen haben sich mehr verdient, allem voran Transparenz in den politischen Entscheidungsprozessen. Entscheidend hierfür ist die Abschaffung des Amtsgeheimnisses. Vor fünf Jahren fand sich dieses Vorhaben noch im Arbeitsprogramm der schwarz-grünen Landesregierung. Jetzt will man davon offenbar nichts mehr wissen.

Schon im Frühjahr erklärte Landeshauptmann Wallner ein eigenes Informationsfreiheitsgesetz zu einer verlorenen Liebesmühe - vor allem auch, weil es ohne eine Verfassungsänderung auf Bundesebene kompliziert sei.¹ Seit dieser Aussage haben sich die politischen Rahmenbedingungen allerdings wesentlich verändert. Gerade deshalb ist es notwendig, dass sich Vorarlberg für die bundesweite Abschaffung des Amtsgeheimnisses stark macht, gleichzeitig aber auch im eigenen Wirkungsbereich darauf hinwirkt.

Dass man im Land zu zurückhaltend mit Verwaltungsdaten und -informationen umgeht, zeigt sich beispielsweise in der Beantwortung einer Anfrage vom Frühjahr 2019 (Kennzahl 29.01.493). Damit nimmt man nicht nur den Vorarlberger_innen Informa-

¹ <https://www.vn.at/vorarlberg/2019/05/01/die-informationsfreiheit-wird-beerdigt.vn>

tionsmöglichkeiten und sorgt für Intransparenz. Auch die Möglichkeiten von Open Government Daten können dadurch nur unzureichend genutzt werden.

Transparenz können wir aber nicht nur beim Amtsgeheimnis aus eigenem Antrieb schaffen. Auch bei Auftragsvergaben ist diese ein wesentlicher Hebel, um Freunderlwirtschaft einen Riegel vorzuschieben und für einen funktionierenden Wettbewerb zu sorgen.² Aus unserer Sicht müssen Auftragsvergaben immer transparent veröffentlicht werden, auch wenn es im Unterschwellenbereich liegt und keine Ausschreibung nötig ist. Denn bisher erleben wir immer wieder, dass Aufträge knapp unter der Grenze für Ausschreibungen vergeben werden, oder gar so gestückelt werden, dass es keine Ausschreibung braucht. Das schadet nicht nur der Glaubwürdigkeit der Politik, sondern ist auch ein Schaden an den Steuerzahler_innen.

Großzügig wird im Land auch mit den Vergaben von Förderungen umgegangen. Diese passieren die Sitzungen der Landesregierung, ohne dass die entsprechenden Unterlagen – auf deren Grundlage einer Förderung vergeben wird – veröffentlicht werden bzw. Landtagsabgeordnete die entsprechenden Unterlagen erst auf Rückfrage ausgehändigt bekommen. Die grundsätzliche Veröffentlichung der Unterlagen von Landesregierungsbeschlüssen würde niemandem wehtun, aber Transparenz und Nachvollziehbarkeit schaffen.

Auch Stellenbesetzungen in der Landesverwaltung und in landeseigenen Unternehmen sind von öffentlichem Interesse. Intransparente Bewerbungsvorgänge lassen auch hier die Frage aufkommen, inwiefern die Leitungsfunktionen in der Landesverwaltung oder landeseigenen Unternehmen als Beschäftigungsstätten für "die eigenen Leute" angesehen werden.³⁴ Für uns ist klar, dass nicht der Eindruck entstehen darf, dass man mit einer Partei gut gestellt sein muss, um in der Verwaltung oder im landesnahen Bereich Karriere zu machen. Es muss darauf ankommen, was man kann! Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht es aus unserer Sicht jedenfalls öffentliche Hearings. Das erhöht auch die Objektivität und Transparenz in Stellenbesetzungen von Führungspositionen im öffentlichen und landesnahen Bereich.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine Transparenzoffensive in die Verwaltung und Politik bringt. Diese umfasst:

- **Ein eigenes Vorarlberger Informationsfreiheitsgesetz, in dem der verfassungsrechtlich größtmögliche Zugang der Bürger_innen zu Verwaltungsinformationen auf Landes- und Gemeindeebene ermöglicht wird (unter Wah-**

² <https://vorarlberg.orf.at/v2/news/stories/2936306/>

³ <https://www.derstandard.at/story/2000053364934/oevp-setzt-vertrauensmann-in-die-vorarlberger-landespressestelle>

⁴ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3002083/>

rung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten) und damit auch die Potenziale in der Nutzung von Open Government Data erhöht werden kann.

- **Volle Transparenz bei Auftragsvergaben des Landes und der Gemeinden: Alle öffentlichen Aufträge – unabhängig von deren Höhe – sollen in einem online einsehbaren Register veröffentlicht werden.**
- **Veröffentlichungspflicht für alle Unterlagen von Landesregierungsbeschlüssen.**
- **Öffentliche Hearings bei der Besetzung leitender Funktionen im öffentlichen Dienst und in landes- und gemeindeeigenen Betrieben.**

2. Die Landesregierung soll sich bei der Bundesregierung für die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und die Schaffung eines Informationsfreiheitsgesetzes einsetzen.“

KO LAbg. Dr. Sabine Scheffknecht PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG